

EP / Schutz geistiges Eigentum

Strassburg, 22.09.2010

**Bernhard RAPKAY:
"Verpasste Chance!"**

**Konservative und Liberale verhindern neue Wege zum Schutz des
geistigen Eigentums**

Konservative und liberale Europaparlamentarier setzen auf die Kriminalisierung von privaten Internetnutzern, anstatt neue Wege zum Schutz von Urheberrechten zu beschreiten. Einen entsprechenden Initiativbericht zur Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums im Binnenmarkt hat eine konservativ-liberale Mehrheit im Europäischen Parlament am Mittwoch in Straßburg angenommen.

„Das Europäische Parlament hat eine Chance verpasst, neue Wege beim Schutz des geistigen Eigentums zu beschreiten.“ Mit diesen Worten kommentierte **Bernhard RAPKAY**, Vorsitzender der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament und Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion im federführenden Rechtsausschuss, das Abstimmungsergebnis.

„Konservative und Liberale haben sich als vollkommen unflexibel gezeigt. Sie setzen weiter auf eine Kriminalisierung von privaten Internetnutzern“, kritisierte **Bernhard RAPKAY**. „Das ist der falsche Weg: Europa braucht einen modernen Rechtsrahmen für den Schutz geistigen Eigentums, der sowohl die Rechteinhaber schützt, aber vor allem auch eine Kriminalisierung privater Internetuser verhindert“.

Dieser Zielsetzung werde der Bericht der französischen Berichterstatterin Gallo in keiner Weise gerecht. „Wir leben in einem digitalen Zeitalter. Der klassische Urheberrechtsschutz stößt gerade hier an seine Grenzen“, so **Bernhard RAPKAY** weiter. „Wir müssen über neue Wege nachdenken, Autoren zu schützen ohne private Nutzer und insbesondere Jugendliche zu kriminalisieren. Eine Kulturflaute ist dabei ein interessanter Lösungsansatz. Die Europäische Kommission ist aufgerufen, mit allen Beteiligten, das heißt mit privaten Nutzern, Autoren und Telekom-Providern nach neuen Wegen zu suchen.“

Konkrete Legislativvorschläge für kollektive Rechteverwertung und verwaiste Werke liegen bereits in der Schublade der EU-Kommission. Insofern sei es wenigstens beruhigend, dass der Initiativbericht keinen großen Schaden mehr für das nun anstehenden Gesetzesverfahren anrichten könne. „Erst wenn wir uns in den nächsten Wochen und Monaten im konkreten Gesetzesprozess befinden, wird die Musik anfangen zu spielen“, betonte **Bernhard RAPKAY**. „Dann wird es darum gehen, Detailfragen praxistauglich zu regeln. Daher ist der nun verabschiedete Initiativbericht auch keine Richtungsentscheidung für das Europäische Parlament, wie manche erwarten oder befürchten.“, so **Bernhard RAPKAY** abschließend.

Für weitere Informationen: Büro Bernhard RAPKAY + 32 228 47593 und Algara Stenzel (Pressesprecherin) GSM + 32 473 930 060

PRESSMITTEILUNG